

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/2VII/211

Bonn, den 17. Oktober 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2

"Wer Berlin sagt, meint Deutschland"

65

Unlösbare Verbundenheit  
Von G. Markscheffel, z.-Zt. Berlin

3

Grausame Wahrheiten

44

Luftschutzerkennnisse des Bundesinnenministers

4 - 5

Unwürdige Zustände in Dachau

66

Fußballspiele auf dem Appellplatz  
Kartengrüße auf Bildern, die an das KZ erinnern

6 - 7

Österreich vor Wahlen

72

Niemand rechnet mit einem Erdbeben  
Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Pranta

Chefredakteur Günter Markscheffel

"Wer Berlin sagt, meint Deutschland"

Unlösbare Verbundenheit

Von G. Markscheffel, z.Zt. Berlin

"Wer Berlin sagt, meint Deutschland" - dieses Wort, gesprochen von einem sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten in einer Unterhaltung mit Willy Brandt, macht die Runde. Es wurde aufgegriffen, wiederholt und in seiner ganzen Bedeutung von Erich Ollenhauer zu der Poststellung weitergeführt: "Berlin war, ist und bleibt die deutsche Hauptstadt". Ein anderes Wort, ein anderer Gedanke prägt sich in diesen Tagen, da die Sozialdemokratie mit namhaften Wissenschaftlern des In- und Auslandes die grossen Gemeinschaftsaufgaben unseres Volkes diskutiert und neue Vorschläge zu deren Bewältigung ausarbeitet. "Wir stehen hier nicht mit dem Rücken zur Mauer, wir blicken auf sie, über sie hinweg, zu unseren Landsleuten in Ostberlin und in der Zone". Auch dieser Gedanke, formuliert von Willy Brandt, ist zu einem Bekenntnis, zu einem Programm geworden. Er sagt aus, daß die deutsche Sozialdemokratie die Schandmauer Ulbrichts, unabhängig von den sogenannten politischen Realitäten, auch als ein menschliches Problem sieht, daß sie trotz Formalitäten und Gewalt bereit ist, sich der vielen Sorgen anzunehmen, die seit Errichtung der Mauer wie ein Alpdruck auf unzähligen Menschen lastet.

\* \* \*

Zweifel werden laut, ob dies möglich ist. Man weiß hier in Berlin nur zu gut, daß Brutalität gepaart mit Dummheit und Gemeinheit, auf der "anderen Seite" das Zepher schwingen. Aber gegenüber diesen Zweifeln, gegen Resignation und stummes Achselzucken, formt sich der Wille zur Tat. Niemand will sich mit den "Tatbeständen" abfinden, niemand will aufgeben. Und sie sagen, die Verantwortlichen und der horkante Mann auf der Strasse: Wir müssen immer wieder aufs Neue versuchen, das Schicksal der Menschen "drüber" zu erleichtern. Gelingt es, dann ist es gut, gelingt es nicht, dann haben wir wenigstens unsere Pflicht getan, dann brauchen wir kein schlechtes Gewissen zu haben. Die "da drüber" sollen und müssen wissen, daß wir nicht Ruhe geben, daß wir hoffen wollen.

\* \* \*

Geschieht dies zugleich in einer nie abbreissenden Diskussion über neue Vorschläge auf der politischen Ebene, wird das Helfenwollen zu einem starken Strom des Gefühls der Zusammengehörigkeit.

\* \* \*

bleiben wir bei dem "oben". Man hat in den vergangenen Wochen viel über manchen von Willy Brandt laut ausgesprochenen Gedanken diskutiert. In der Bundesrepublik haben gewisse Leute versucht, ihr Parteisüppchen an den Sorgen der Berliner zu kochen. Sie taten es klein und hässlich, mit einem Schuß ins Provinzielle. Das kommt in Berlin nicht an. Die Berliner wissen, daß Willy Brandt ihre Sorgen ausspricht und mit seinen Worten schon oft die Stickluft reinigte, die sich über das "Berlin-Problem" auszubreiten drohte. Sie wissen auch, daß mancher weit ab vom Schuß - alles, was in Berlin geschieht, als Störung seiner Ruhe empfindet. Deswegen verstehen sie "ihren Willy" und deswegen wissen sie auch, daß er recht hat, wenn er dieser Tage sagte, die Diskussion über seine Erklärungen habe bestimmt dazu beigetragen, manches zu erhellen, was bisher noch im Dunkel lag.

Dem Wort von der Ruhe, die angeblich die erste Bürgerpflicht sei, wird der Gedanke an die "heilige Unruhe" gegenübergestellt. Sie ist, bei allem, was man gelegentlich über die sprichwörtliche Kältschnäuzigkeit der Berliner sagen mag, das Element ihres Denkens und Fühlens für ihre Stadt und für Deutschland.

Darauf beruht auch das unzerstörbare Zusammengehörigkeitsgefühl mit den Menschen jenseits der Mauer und der Zonengrenze.

\* \* \*

Was "oben" in diesem Sinne politisch geschieht, findet "unten" seinen Ausdruck in der ständigen Frage: Wie können wir helfen? Wenn eines Tages die dunklen Schatten der Gegenwart weichen, wird man über unzählige Beispiele brüderlicher Hilfe berichten können, über selbstlose Taten, die nicht in den Schlagzeilen der Boulevardpresse ihren Widerhall finden, Taten, von denen man keinen Film dreht, keine reisserische Reportage schreibt, und die doch so unendlich viel mehr den Zusammenhalt unseres Volkes zeigen, als die meisten großen Worte.

"Wer Berlin sagt, meint Deutschland" - hier in Berlin spürt man, daß dieses Wort seine Berechtigung hat, denn das Schicksal von Berlin ist auch das Schicksal Deutschlands.

\* \* \*

### Grausame Wahrheiten

Der - In der Regierungserklärung des Bundeskanzlers stand kein Wort über die Notwendigkeit, die unüberschaubaren Auswirkungen eines Bombenkrieges - soweit ein Schutz im atomaren Zeitalter möglich ist - auf ein Mindestmaß zu beschränken. Der Bundeskanzler liebt es nicht, unangenehme, seiner Popularität schadende, die Bevölkerung aufrüttelnde Wahrheiten auszusprechen. Das überläßt er anderen. Diesmal dem Bundesinnenminister Höcherl, dessen Ministerium gegenwärtig an einem Entwurf der Verpflichtung zum Selbstschutz in Wohnstätten und Betrieben arbeitet. Kuchtern stellt Höcherl in einem Artikel in der "Politisch-Sozialen Korrespondenz" fest: Wer einen künftigen Krieg überlebt und wer nicht, werde in den kleinen und kleinsten Lebensbereichen, in Stadtvierteln, in der Wohnsiedlung oder im Mietshaus entschieden. Vermessen wäre es, zu behaupten, es gäbe nahe beim Einschlag einer Atom- oder Wasserstoffbombe irgendeine Schutzmöglichkeit.

Es ist unseres Wissens wohl das erste Mal, daß sich ein Bundesminister so offen und schonungslos über die furchtbaren Schrecken eines künftigen Krieges, vor dem uns der Herrgott bewahren möge, äußert. Fragen des Luftschutzes und des gewisse sehr geringen Selbstschutzes wurden bisher dilettantisch behandelt, im Denken unseres Verteidigungsministers spielten sie überhaupt keine Rolle. Das fiel nicht, wie er sich einmal ausgedrückt haben soll, in seine Kompetenzen. Die Bundesregierung ließ weitgehend die Zivilbevölkerung und die Industrie im unklaren, es war ihr aus Gründen der Popularität peinlich, von sich aus eine solche entscheidende Frage der Existenzerhaltung unseres Volkes in die öffentliche Diskussion zu werfen oder gar entsprechende gesetzliche Maßnahmen zu treffen. Erst anerkannte deutsche Wissenschaftler sprangen in die Bresche und zeigten in einer berührt gewordenen Denkschrift Grenzen und Möglichkeiten eines Selbstschutzes der Bevölkerung im Falle des Falles auf, aber auch die Pflicht der Regierung, diese Seite der Verteidigung nicht zu vernachlässigen.

Der Artikel von Höcherl enthält eine Menge Unklarheiten. Wie ist es etwa mit jenen Bürgern bestellt, die die Mittel eines Selbstschutzes gar nicht aufbringen können? Soll hier auf dem Gebiet des Luftschutzes das Gesetz der freien Marktwirtschaft gelten, in dem der Stärkere im Vergleich zum Schwächeren den Vorteil besitzt? Es ist eine unerträgliche Vorstellung, die Chance des Überlebens vom Umfang des privaten Geldbeutels bestimmen zu lassen.

Nach Höcherls Meinung sollen die Gemeinden die Lasten übernehmen, aber wieviele Gemeinden werden dazu finanziell in der Lage sein und dies umsomehr, als bisher die Bundesregierung wenig Verständnis für die Nöte der Gemeinden aufbrachte? Die Sozialdemokraten haben schon vor Jahren auf diese Lücke unserer Verteidigungsmaßnahmen hingewiesen, ohne bei den Regierungsparteien Gehör zu finden.

Höcherls in den Umrissen bekanntgewordener Gesetzentwurf wirft eine Anzahl beunruhigender Fragen auf, die baldige Antwort erheischen.

Unwürdige Zustände in Dachau

München (ok). - KZ Dachau

In aller Welt ist der Name dieses ersten Konzentrationslagers der Nationalsozialisten zum Inbegriff des vergangenen Terrorregimes geworden. Am 29. April 1945 wurde es von amerikanischen Soldaten aufgelöst. Hunderttausende von Menschen, meist Ausländer, sind seither nach Dachau gepilgert, um die Reste der Stätten des Grauens mit eigenen Augen zu sehen. Was sie jedoch finden, ist nicht nur das zum Museum gewordene Krematorium. Es ist ein unwürdiges Bild, das sich jedem bietet, der heute nach Dachau kommt.

Gleich neben der Einfahrt präsentiert sich dem Besucher mit bunten Sonnenschirmen und Getrönkereklebe ein Wirtshaus. Bis zum vorigen Jahr führte es noch der makabren Namen "Wirtshaus zum Krematorium". Jetzt stehen nur noch die beiden Pfähle da, die das Schild mit der Aufschrift trugen. Auf allzu laute Proteste hin, mußte der Wirt es entfernen.

In dem Wirtshaus kann man nicht nur heiße Würstchen bekommen, sondern auch Hochglanzpostkarten mit Ansichten vom Verbrennungsofen, von der Galgentanne und dem Aschengrab, fünfzig Pfennig das Stück. Die meisten Besucher betreten freilich das Wirtshaus nicht und gehen ungewidert vorüber. Sie begreifen einfach nicht, was hier vor sich geht, wenn sie aus der französischen Provence oder aus Flandern kommen.

Aus dem KZ wurde ein Wohnlager

Die tiefere Ursache des Übels und des unwürdigen Zustands liegt wohl darin, daß gleich nach dem Zusammenbruch, als eine Million Flüchtlinge nach Bayern kamen, die vorhandenen Baracken für die Unterbringung der Heimatvertriebenen einfach unbesehen hergenommen werden mußten, auch wenn darin vorher unschuldige Menschen zu Tode gefoltert wurden.

Aus dem KZ-Dachau wurde so das Wohnlager Dachau-Ost. Man bewarf die Baracken von außen mit etwas Futz, man zog ein paar Zwischenwände ein. Und das ist bis heute so geblieben. Hoch immer wohnen über 600 Menschen in den Baracken, zum größten Teil seit 1947 ununterbrochen. Freilich sind auch sie inzwischen zu etwas Wohlstand gekommen. Auf den Baracken steht heute ein Wald von Fernsehtürmen. Davor sind kleine Gärten angelegt. Und auch Autos bis zum Mittelklasseformat parken vor den Baracken. Die

17. Oktober 1962

Miete aber ist niedrig, zwölf Mark für zwei Zimmer. Und so zeigen die letzten Bewohner von Dachau geringe Neigung, in feste aber teure Wohnungen umzuziehen.

Sie haben sich an die Nachbarschaft der Vergangenheit gewöhnt und keine Beziehung mehr dazu. Sie finden nichts dabei, wenn ihre Kinder auf dem Appellplatz Fußball spielen, wo einst ausgemergelte Häftlinge zu Tode geprügelt wurden. Ihnen schmeckt auch das Bier, das sie sich nach Feierabend in einem der beiden Barackenwirtschaftshäuser - das andere führt den Namen "Heimatstüberl" - bestellen, während die Ausländer stumm und schrittsüchtig durch die gespenstisch anmutende Schau des KZ-Museums wandern.

Erst ein Viertel des ehemaligen KZ-Geländes, in der Hauptsache das Krematorium und seine Umgebung, sind in eine würdevolle Gedenkstätte umgewandelt. Für den Rest ist es bis jetzt beim "guten Willen" geblieben. "Diese Baracke gehört zur KZ-Gedenkstätte, die in Kürze errichtet wird" so kann man es auf einer Tafel lesen, die vor einer der leeren Baracken steht. Aber die Tafel ist schon längst verwittert. Und die Reste der Baracke spotten jeder Beschreibung. Eingeschlagen sind die Fenster, die Türen eingedrückt, die Leitungen aus den Wänden gerissen, die Wände selbst beschmiert, Schmutz und Unrat wohin man sieht.

#### Termin ist längst überfällig

Hausherr des Wohnlagers Dachau-Ost und damit des ehemaligen Konzentrationslagers ist das bayerische Finanzministerium. Es hat schon lange die Absicht, die Baracken räumen und bis auf zwei, die zur Gedenkstätte werden sollen, auch den Erdboden gleich zu machen. Dem Pächter der Gaststätten ist wie dem Krämer und dem Drogeristen seit langem gekündigt. Der neueste "endgültige Termin" für die Räumung der letzten Baracke lautet jetzt auf Ende 1963. Aber seit Jahren werden immer wieder neue Termine genannt. Für jene, die das KZ-Dachau besuchen, ist der Termin längst überfällig. Und das sind nicht wenige.

Der Parkplatz neben der "Todesangst-Christi-Kapelle", die anlässlich des Eucharistischen Weltkongresses 1960 eingeweiht wurde, war in den vergangenen Sommermonaten ständig überfüllt. Die Omnibusse, Autos und Motorräder aus allen europäischen Ländern. 35 000 Besucher zählte man im Juli. Im August waren es nicht weniger. Erst in den Wintermonaten werden es weniger. Mancher, der bereit war zu vergeben und zu vergessen, empört sich aufs neue. Es wird höchste Zeit, daß sich die Zustände von Dachau ändern.

### Österreich vor Wahlen

Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franta

In wenigen Wochen, am 18. November, wird Österreichs Bevölkerung ein neues Parlament wählen. Seit Anfang Oktober läuft der Wahlkampf auf vollen Touren. Um das Vertrauen und den Stimmzettel der Wähler bewerben sich fünf Parteien:

Die Österreichische Volkspartei (ÖVP), mit bisher 79 Sitzen im Nationalrat, die an Abgeordnetenmandaten stärkste Partei. Sie stellt seit 1945 den Bundeskanzler.

Die Sozialistische Partei Österreichs (SPÖ), an Stimmen die stärkste Partei, die aber infolge der Wahlarithmetik um ein Mandat weniger hat. Seit 1945 ist das Staatsoberhaupt, der Bundespräsident, ein Sozialist.

Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) mit bisher 8 Mandaten; eine liberale und deutschnationale bürgerliche Oppositionspartei.

Die Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ), vor drei Jahren aus dem Parlament "hinausgewählt", davor mit 3 Sitzen bereits gänzlich unbedeutend.

Die neue Europäische Föderalistische Partei (EFP), weiterhin unbekannt und ohne reale Aussichten.

Obgleich nach der österreichischen Bundesverfassung die Legislaturperiode des Nationalrates vier Jahre lang währt, hält man es kaum länger als drei Jahre miteinander aus, ohne den Wähler um seine Entscheidung anzugehen. Dabei ist bemerkenswert, daß der Wähler von diesem demokratischen Recht zwar gerne und gewissenhaft Gebrauch macht - die Wahlbeteiligung ist mit mehr als 90 Prozent die höchste in der freien Welt -, daß aber die Ergebnisse solcher Parlamentswahlen in der Regel nur ganz geringfügige Verschiebungen zeitigen. Auch diesmal ist mit seinem "Erdrutsch" zurechnen, dennoch aber kommt den Nationalwahlen 1962 eine besondere Bedeutung zu.

Im wesentlichen geht es nämlich darum, ob die ÖVP weiterhin mit der SPÖ eine Koalitionsregierung bilden muß oder aber andere Kombinationen möglich sind. Schon nach den beiden letzten Wahlen, 1956 und 1959, wollte sich die ÖVP als zusätzlichen Koalitionspartner die (dazu gerne bereit) FPÖ erklären, doch scheiterten diese letztlich auf eine Bürgerblockregierung zielenden Pläne am Veto des "sozialistischen" Bundespräsidenten.

Bei einer solchen Dreierkoalition, noch dazu mit dem von der ÖVP gewünschten "Koalitionsfreien Raum", fiel der SPÖ nur mehr die traurige Rolle zu, bei unpopulären Entscheidungen mitstimmen zu können, bei allen anderen aber Übergangen zu werden.

Sollte nun am 18. November die SPÖ nicht einen sichtbaren Erfolg erzielen, dann könnten diese fatalen Pläne möglicherweise verwirklicht werden. Oder aber man verzichtet überhaupt auf eine Koalition mit der SPÖ und die österreichische Bundesregierung besteht dann nach westdeutschem Vorbild aus ÖVP und FPÖ. Die bisher an Stimmen stärkste Partei, die SPÖ, wäre damit in die Opposition gedrängt.

Angesichts solcher bedenklicher Perspektiven führt die SPÖ den Wahlkampf unter dem Schlagwort der Aufrechterhaltung der bewährten und von vielen als zweckmäßig anerkannter Zusammenarbeit der beiden grossen Parteien. Umfangreiche Rundfragen haben ergeben, dass etwa 85 Prozent der Bevölkerung eine solche weitere Zusammenarbeit wünschen. Die ÖVP, der die Koalition mit der Sozialisten längst schon unympathisch und lästig ist, wird von der SPÖ beschuldigt, die "Alleinhererrschaft" anzustreben.

Des weiteren geht es im Wahlkampf, der hauptsächlich zwischen den beiden Regierungsparteien, ÖVP und SPÖ, ausgetragen wird, um die Frage der Sicherung der Währungsstabilität. Auf Wahlplakaten beider Parteien ist jeweils ein überdimensionaler Schilling als Symbol der gefährdeten Kaufkraft zu sehen. Die SPÖ verteilt außerdem als Wahlgeschenk für jeden Haushalt ein Schlüsselketten mit der Nachbildung einer Schillingmünze.

Das Wahlergebnis lässt sich diesmal schwer voraussagen. Es hängt sehr davon ab, wie die rund 300 000 jungen Wähler sich entscheiden, die erstmalig zur Wahl gehen. Dazu kommt, dass auf Grund der letzten Volkszählung die 165 Mandate auf die 25 Wahlkreise neu verteilt wurden.

Die Kommunisten haben auf alle Fälle diesmal noch weniger Aussicht auf ein Grundmandat als vor drei Jahren, weil sie dafür mehr Stimmen aufbringen müssten. Da jedoch ein Erfolg der KPÖ zu Lasten der Sozialisten ginge, geniessen die österreichischen Kommunisten in diesem Wahlkampf die moralische Unterstützung durch die konservative ÖVP.